

Gern, Klaus-Jürgen; Liu, Wan-Hsin

**Article**

## Das Handelsdefizit lässt sich nicht mit Zöllen bekämpfen

Kiel Insight, No. 2025.02

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Gern, Klaus-Jürgen; Liu, Wan-Hsin (2025) : Das Handelsdefizit lässt sich nicht mit Zöllen bekämpfen, Kiel Insight, No. 2025.02, Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/321908>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Das Handelsdefizit lässt sich nicht mit Zöllen bekämpfen

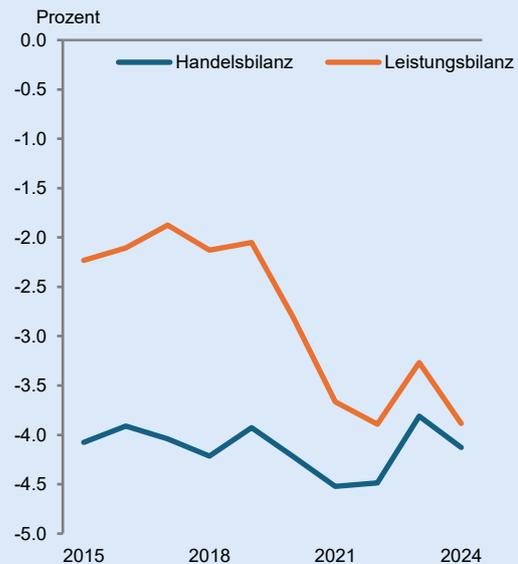
Klaus – Jürgen Gern und Wan – Hsin Liu

Es gibt verschiedene Gründe, warum die Trump-Administration in großem Umfang auf Zölle als wirtschaftspolitisches Instrument setzt. Neben dem Motiv höherer Staatseinnahmen ist vor allem die Verringerung des hohen Defizits im Außenhandel ein erklärtes Ziel. Als US-Präsident Trump am 2. April 2025 – zusätzlich zu einem allgemeinen Zollsatz in Höhe von 10 Prozent – „reziproke“ Zölle gegen Länder ankündigte, die einen Überschuss im Warenhandel mit den Vereinigten Staaten aufweisen, wurde dies damit begründet, dass unfaire Handelspraktiken und das damit verbundene US-Handelsbilanzdefizit einen nationalen Notstand geschaffen hätten (White House, 2025). Zwar werden die Zölle die Preise der importierten Güter erhöhen und damit ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf dem US-Markt reduzieren. Das US-Defizit im Außenhandel lässt sich mit Zöllen allein jedoch nicht substantiell verringern, da es symptomatisch die Tatsache spiegelt, dass die US-Wirtschaft mehr Güter absorbiert, als sie zu produzieren vermag.

Zunächst ist es aus ökonomischer Sicht ohnehin nicht sinnvoll, die Handelsbilanzsalden mit einzelnen Ländern zu betrachten und verringern zu wollen. Damit wird die Ausnutzung von komparativen Kostenvorteilen als eine der Grundlagen der weltwirtschaftlichen Prosperität in Frage gestellt. So ist es nicht verwunderlich, wenn Länder, die sich auf die Endproduktion und Exporte von Gütern für Konsumenten spezialisieren, einen Handelsbilanzüberschuss mit den Vereinigten Staaten aufweisen, dem Land mit dem größten Konsummarkt der Welt.

Einer Abhängigkeit von Importen aus einzelnen Ländern kann durch bilaterale Zölle nur bedingt entgegengewirkt werden, da die direkten Importe aus betroffenen Beschaffungsmärkten häufig durch indirekte Importe aus anderen Ländern ersetzt werden, die weniger von den hohen Zöllen betroffen sind (Freund et al., 2023). Schließlich muss berücksichtigt werden, dass die Vereinigten Staaten anders als im Handel mit Waren im Handel mit Dienstleistungen einen Überschuss aufweisen, der insbesondere aus der Position als führende Nation in Forschung und Innovationen resultiert. Die Leistungsbilanz insgesamt, die auch den Dienstleistungshandel und die grenzüberschreitenden Primär- und Sekundäreinkommen enthält, weist in der Regel ein deutlich geringes Defizit auf als die Handelsbilanz (Abbildung K1-1). Treiber des hohen Defizits im Außenhandel ist indes die hohe Absorption der US-Wirtschaft, die durch eine geringe Sparneigung der privaten Haushalte bedingt ist und zudem in den vergangenen Jahren durch hohe Defizite im Staatshaushalt angeheizt wurde. Der jährliche Fehlbetrag im Bundeshaushalt ist in den

**Abbildung K1-1**  
Saldo von Handelsbilanz und Leistungsbilanz der Vereinigten Staaten in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Jahresdaten.  
Quelle: US Bureau of Economic Analysis, U.S. Gross Domestic Product and US International Transactions.

**Abbildung K1-2**  
Budgetdefizit und Bruttoschuldenstand des Bundes in den Vereinigten Staaten



Defizit: Jahresdaten, Kalenderjahr.  
Schuldenstand: Jahresdurchschnitt der saisonbereinigten Quartalsdaten, eigene Berechnung, Kalenderjahr.

Quelle: U.S. Office of Management and Budget and Federal Reserve Bank of St. Louis

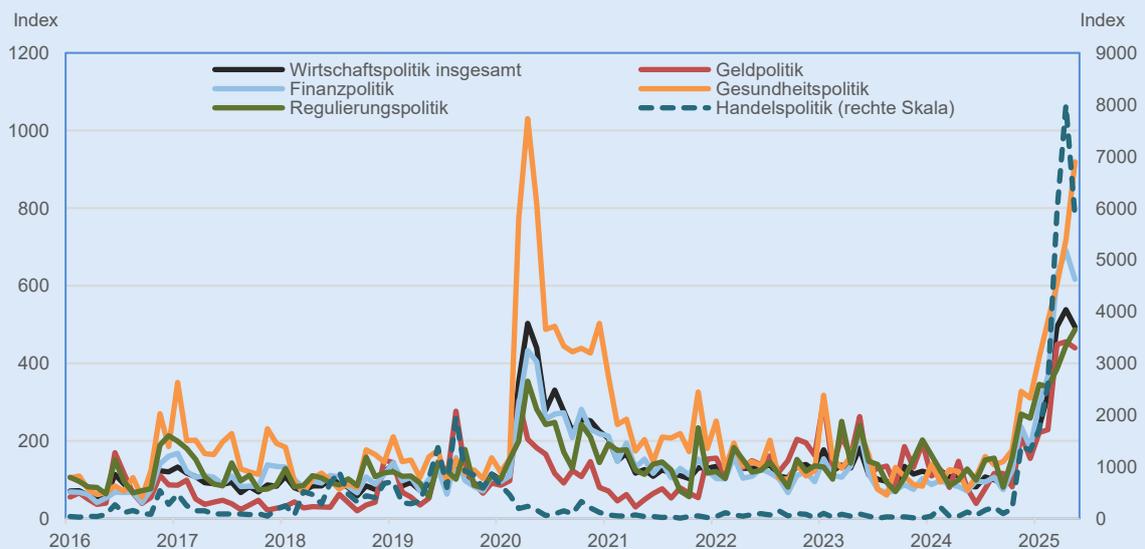
vergangenen zehn Jahren drastisch von 2,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 6,3 Prozent gestiegen (Abbildung K1-2). Bei leicht überausgelasteten gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten ist er derzeit strukturell sogar noch etwas höher. Die hohen gesamtwirtschaftlichen Ausgaben werden bereitwillig von Investoren aus dem Ausland mitfinanziert, die in US-Anleihen und -Aktien eine sichere und ertragsversprechende Kapitalanlage sehen. Allerdings sind mit den Nettokapitalzuflüssen aus dem Ausland, die das Spiegelbild der kontinuierlichen Leistungsbilanzdefizite sind, die Nettoverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland stark gestiegen. Sie belaufen sich gegenwärtig auf rund 95 Prozent in Relation zum jährlichen Bruttoinlandsprodukt. Ein knappes Drittel der gesamten umlaufenden Staatschuld befindet sich in der Hand von ausländischen Investoren.

Soll das Leistungsbilanzdefizit nachhaltig reduziert werden, wäre es erforderlich, die Absorption der US-Wirtschaft stärker in Einklang mit den gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten zu bringen. Die Wirtschaftspolitik der Trump-Administration ist dazu jedoch nicht geeignet. Die Handelspolitik wirkt ebenso dämpfend auf das Produktionspotenzial wie die angestrebte Verringerung der Zuwanderung. Gleichzeitig wird die Finanzpolitik nicht wie in den Planungen der Vorgängerregierung gestrafft, sondern weiter gelockert. Die Ausgaben der US-Bundesregierung sind in den ersten vier Monaten des Jahres 2025 im Vergleich zum vergangenen Jahr trotz der ambitionierten Einsparziele der neu geschaffenen Behörde zur Erhöhung der Effizienz der Regierung (DOGE) weiter deutlich gestiegen. Das Ende Mai vom US-Repräsentantenhaus verabschiedete und zurzeit im Senat beratene Haushaltsgesetz (One Big Beautiful Bill Act) sieht umfangreiche Steuersenkungen vor. Zwar sind zusätzliche Zolleinnahmen durch die Handelspolitik der Trump-Regierung zu erwarten, die sich 2025 auf rund 0,5 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts belaufen. Für den Fall, dass sie wie die Zollbelastung der in der ersten Trump-Legislatur erhobenen Zusatzzölle weitgehend von Konsumenten und Unternehmen in den Vereinigten Staaten getragen werden (Amiti et al., 2019), stellen sie für sich genommen die größte Steuererhöhung seit 1993 dar (York und Durante, 2025). Gleichwohl würden nach CBO-Schätzungen die Schulden der US-Bundesregierung in den nächsten 10 Jahren zusätzlich um 3 Billionen Dollar (rund 10 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024) steigen (CBO, 2025).

Durch die Finanzpolitik werden Investitionen, aber auch der Konsum in den Vereinigten Staaten weiter angeregt und die nationale Ersparnis aufgrund höherer Budgetdefizite tendenziell reduziert. In dem Maße, wie dadurch zusätzliche Auslandsverschuldung aufgebaut wird, der kein Kapitalstockaufbau in den USA gegenübersteht, kann es langfristig zu externen Verschuldungsproblemen kommen. Denn zukünftige Generationen müssen dann auf Konsum verzichten, um die Auslandsverschuldung zu bedienen.

Insgesamt wirkt die Finanzpolitik in den Vereinigten Staaten einer Reduktion der Außenhandelsdefizite und damit dem erklärten Ziel der Handelspolitik entgegen. Diese Inkonsistenz befeuert die Unsicherheit über den zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurs, die derzeit historische Höchststände markiert, und zwar nicht nur im Bereich der Handelspolitik, sondern auch in allen übrigen erfassten Bereichen der Wirtschaftspolitik (Abbildung K1-3)

**Abbildung K1-3:**  
**Wirtschaftspolitische Unsicherheit in den Vereinigten Staaten, nach Politikbereichen**



Monatsdaten.

Quelle: "Measuring Economic Policy Uncertainty" by Scott Baker, Nicholas Bloom and Steven J. Davis at [www.policyuncertainty.com](http://www.policyuncertainty.com)  
Die Datenreihen sind jeweils auf einen Mittelwert von 100 für den Zeitraum 1985-2010 normalisiert.